



Euro-Kurzinformation *52. Ausgabe*

im Juli 2016

☞ **Großbritannien und die EU am Wendepunkt: kein Exit vom Brexit!**

In "Europa-Aktuell" vom 26. Juni wurden die Bedeutung und die möglichen Folgen des denkwürdigen Referendums der Briten zum Austritt aus der EU ad hoc kommentiert. Seitdem wurden diverse Szenarien diskutiert, aus Sicht der Liberalen steht jedoch außer Frage, dass es keine Alternative zum Ausscheiden der Briten geben kann, wenn Europa als Ganzes keinen Schaden nehmen soll. Ja, vielmehr ist das Votum der Briten eine Chance, Europa wieder auf den richtigen Weg zu bringen. **Guy Verhofstadt** hat die Entscheidung mit den Worten kommentiert: "stop sleepwalking to a disaster" sowie "the rats are fleeing the sinking ship." Nun ist die EU ebenso wenig ein sinkendes Schiff wie ... Aber es ist vollkommen richtig, dass in der EU seit Jahren Reformstau vorherrscht und die Bürger der Regulierungswut aus Brüssel und Straßburg überdrüssig sind. Guy Verhofstadt weiter: "Either the EU will change, or it will die. The Council needs to recognise that citizens are not against Europe, but against THIS Europe".

Christian Lindner erklärte zur Entscheidung: „Dieser historische Tag ist eine Warnung, dass es in Europa so nicht weitergehen kann. Die Fliehkräfte fängt nur ein, wer die Wünsche nach mehr Freiheit unter dem gemeinsamen Dach des Hauses Europa umsetzt. Die Briten haben sich gegen die von Angela Merkel beschworene Alternativlosigkeit entschieden. Sie haben die fraglos schlechtere Wahl getroffen, aber damit zugleich bestätigt, dass Europa eine neue Legitimation benötigt. Pathos und Appelle reichen nicht mehr. Angela Merkel und Jean-Claude Juncker haben eine erhebliche Mitverantwortung für die Entscheidung der Briten. Denn seit Jahren wird in Europa den Problemen hinterher regiert. Entscheidungen der letzten Wochen wie die Abhängigkeit von Erdogan in der Flüchtlingspolitik und die neuerliche Aufweichung des Euro-Stabilitätspakts zeigen das. Damit wurde eine Stimmung befördert, die Populisten nutzen konnten, um das Projekt Europa zu bekämpfen. Jetzt ist ein Neustart notwendig. Wir dürfen die Debatte nicht denjenigen überlassen, die Europa hassen. Wer Europa will, der darf es nicht glorifizieren, sondern der muss es besser machen. Statt um Erweiterung und Zentralisierung muss es dafür um Freiheit, Subsidiarität und Stabilität gehen. Die Erfolge des Binnenmarktes und die Freizügigkeit der Menschen sind positive Beispiele eines Europas, das im Alltag neue Chancen schafft. Daran wollen wir anknüpfen. Europa muss daher über eine neue Sortierung der Kompetenzen zwischen Mitgliedstaaten und Brüssel sprechen, sich klar zu den eigenen Regeln bekennen und die sinnlos gewordenen Beitrittsgespräche mit der Erdogan-Türkei beenden. Wir wünschen uns ein Europa, das wieder unterscheiden kann, wo gemeinsames Handeln nötig ist und wo man auf die Eigenverantwortung der Bürger vertrauen kann. Die Entscheidung der Briten ist zu respektieren. Aber sie müssen jetzt auch Verantwortung für die Folgen übernehmen. Eine Bevorzugung gegenüber anderen Nicht-Mitgliedern der EU darf es nicht geben, denn das würde innerhalb Europas die Fliehkräfte nur verstärken.“

Und **Alexander Graf Lambsdorff** weist im Spiegel online Interview vom 5.7.2016 darauf hin: „Das Referendum ist sauber abgelaufen und das Votum ist klar. Deshalb muss der Beschluss auch vollzogen werden. Jetzt auf dem Verhandlungswege die Entscheidung des Volkes rückabzuwickeln, würde der Demokratie in Großbritannien und in ganz Europa schweren Schaden zufügen.“ ... „das Chaos in der Bundesregierung ist erschreckend. Finanzminister Schäuble pocht auf die Einhaltung des Stabilitätspaktes, Wirtschaftsminister Gabriel fordert üppige Subventionsprogramme gegen Jugendarbeitslosigkeit in Südeuropa - das passt hinten und vorne nicht zusammen. Und der Streit zwischen Union und SPD um den Beginn der Verhandlungen ist einfach lächerlich, wirklich

entscheidend ist doch, was hinten rauskommt, also das Ergebnis. Deswegen müssen die Briten jetzt einen Fahrplan vorlegen und bis Mai 2019 muss der Brexit dann vollzogen sein. Dann sind die nächsten Europawahlen, und ich halte es nach dem Votum nicht für vorstellbar, dass die Briten daran noch einmal teilnehmen.“

Kommentar: Ein besseres Europa ist unsere Zukunft, für das es sich lohnt zu kämpfen!

☞ **Chef in Europa ist jetzt die Slowakei**

Vom 1. Juli bis zum 31. Dezember 2016 hat turnusmäßig die Slowakei die Ratspräsidentschaft in der EU inne. Das Land übernimmt zum ersten Mal die Ratspräsidentschaft. Die Slowakische Republik entstand 1993 nach der Teilung des Staates Tschechoslowakei. Seit 2004 ist die Slowakei Mitglied der Europäischen Union und der NATO. Gemäß dem Schengen-Abkommen wurden 2007 die Grenzkontrollen zu den EU-Staaten aufgehoben und 2009 trat die Slowakei der Eurozone bei. Mit Polen, Tschechien und Ungarn bildet die Slowakei die Visegrád-Gruppe.

Slowakischer Ministerpräsident seit 2012 ist Robert Fico, Vorsitzender der von ihm gegründeten linksgerichteten Partei Smer-SD. In der Außenpolitik unterstützte Fico die EU-Position gegenüber Russland während der Krimkrise und des Ukraine-Krieges, übte aber scharfe Kritik an den gegen Russland verhängten Wirtschaftssanktionen. Zur Problematik der Flüchtlingskrise erklärte die slowakische Regierung, dass sie christliche Flüchtlinge bevorzuge und eine Quotenregelung strikt ablehne.

Das Programm der Slowakei für die nächsten 6 Monate konzentriert sich auf 4 Schlüsselbereiche:

- Ein wirtschaftlich starkes Europa. Die Voraussetzungen für Wirtschaftswachstum und die Schaffung neuer Arbeitsplätze soll verbessert werden. Die Wirtschafts- und Währungsunion soll weiter entwickelt, die Bankenunion gestärkt werden.
- Optimierung des europäischen Binnenmarktes. Die Umsetzung des digitalen Binnenmarktes soll vorangetrieben werden. Dabei sollen auch Fortschritte bei der Energieunion, vor allem bei der Versorgungssicherheit erzielt werden.
- Eine nachhaltige Migrations- und Asylpolitik. Im Mittelpunkt stehen dabei der Außengrenzschutz, die Wiederherstellung des Schengen-Raumes und die Zusammenarbeit mit den Herkunfts- und Transitstaaten. Die Slowakei tritt für einen dynamischen Erweiterungsprozess der EU ein.
- Ein global engagiertes Europa. Hierbei geht es darum, einen Beitrag zur Stärkung der Position der EU in der Welt zu leisten.

Kommentar: Viel Arbeit für ein halbes Jahr, mal sehen, was daraus wird.

☞ **Regionales: LEADER – Was ist das?**

Die FDP in Schmitten hatte sich Gedanken gemacht über Fördermöglichkeiten aus dem LEADER-Förderprogramm der Europäischen Union für ein Straßenprojekt. LEADER, liaison entre actions de développement de l'économie rurale (Verbindung zwischen Aktionen zur Entwicklung der ländlichen Wirtschaft), ist ein EU-Programm der ländlichen Regionalentwicklung, kofinanziert von Bund und Ländern, das die Nutzung regionaler Potentiale fördern will. Maßgeblich über LEADER finanziert werden Projekte, die von hessischen Regionalforen unterstützt werden.

Eine LEADER-Förderung erhalten Projekte nur dann, wenn der Ort, an dem sie umgesetzt werden, in einer LEADER-Region liegt. Außerdem sollten die Projekte in die Regionalen Entwicklungskonzepte passen. Förderschwerpunkte von LEADER sind Existenzgründungen, Landtourismus, touristische Infrastruktur, Landschafts- und Kultureinrichtungen, Versorgungseinrichtungen, Unternehmenseinrichtungen, Marketing- und Kommunikationskonzepte, Schulungen, Öffentlichkeitsarbeit, Studien.

Kommentar: Nach Fördertöpfen zu suchen ist auf jeden Fall eine gute Idee.

J. Bokr

C. Wittern

Nur zur parteiinternen Verwendung gedacht!